

Nationalpark Hohe Tauern: Lehrstück einer "regionalisierten Regionalentwicklung" im Alpenraum?

Mose, Ingo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mose, I. (2001). Nationalpark Hohe Tauern: Lehrstück einer "regionalisierten Regionalentwicklung" im Alpenraum? *Europa Regional*, 9.2001(2), 89-98. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48257-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Nationalpark Hohe Tauern – Lehrstück einer „regionalisierten Regionalentwicklung“ im Alpenraum?¹

INGO MOSE

Einleitung

Das vorherrschende Bild *der* Alpen ist geprägt durch zahlreiche Klischees, Zerrbilder und Fehleinschätzungen. Hierzu gehört auch die Vorstellung eines einheitlichen – homogen strukturierten – Alpenraumes. Tatsächlich sind die Alpen jedoch seit mehr als einem halben Jahrhundert wie kaum ein anderer Großraum Europas besonders tiefgreifenden Prozessen des regionalen Strukturwandels ausgesetzt: Bedeutungsverlust der Landwirtschaft, Entwicklung des Massentourismus und Erschließung für den Transitverkehr markieren einige Eckpunkte der ablaufenden Veränderungsprozesse. Ergebnis dieser Entwicklung ist die Herausbildung einer ausgesprochen differenzierten Raumstruktur, die zugleich mit einer Reihe ernst zu nehmender ökonomischer, soziokultureller und ökologischer Probleme verbunden ist. Für Raumordnung und Regionalpolitik stellen diese eine besondere Herausforderung dar.

Zur Lösung der entstandenen Probleme stehen heute in zunehmendem Maße Überlegungen zur Diskussion, die der Vielfalt der räumlichen Entwicklungstendenzen und der jeweils unterschiedlichen Anforderungen über die Formulierung regionsspezifischer Handlungsstrategien in Politik und Planung Rechnung zu tragen versuchen. Entsprechende Ansätze einer „regionalisierten Regionalentwicklung“ werden primär aus zwei Richtungen beeinflusst: Auf der einen Seite beruhen sie auf Vorstellungen einer stärker dezentralen Steuerung notwendiger Entscheidungsprozesse, die mit der Verlagerung vormals zentralstaatlicher Aufgaben und Zuständigkeiten auf eine regionale Ebene verbunden sind. Auf der anderen Seite wird dieser Prozess durch eine Regionalisierung „von unten“ bestimmt, wie sie u. a. in verschiedenen Formen der interkommunalen Kooperation sichtbar wird.

Der österreichische Nationalpark Hohe Tauern stellt ein geeignetes Beispiel dar, anhand dessen der Frage nach den Möglichkeiten, Widersprüchen und Grenzen von Strategien einer „regionalisierten Regionalentwicklung“ im Alpenraum konkreter nachgegangen werden kann. Nicht nur gilt die Einrichtung des Nationalparks über die Grenzen der Länder Kärnten, Salzburg und Tirol hinweg heute vielfach als ein „Lehrstück“ der alpinen Raumordnung, sondern wird die damit eingeleitete Entwicklung zugleich auch als ein Modell für die Erprobung regional angepasster Entwicklungsstrategien in peripheren ländlichen Räumen diskutiert. Inwieweit diese Einschätzung tatsächlich zutrifft, soll im folgenden näher betrachtet werden.

Regionaler Strukturwandel als politische Herausforderung im Alpenraum

Wenngleich die Prozesse des regionalen Strukturwandels im Alpenraum kaum zu übersehen sind, bleibt nach wie vor häufig unklar, wie das Ergebnis dieser Entwicklung präzise zu beschreiben ist. Fortschreitende Verstädterung auf der einen, massive Entsiedlung auf der anderen Seite; hier ökologischer Verfall, dort Bewahrung naturnaher Kulturlandschaften – solche oder ähnliche Bilder einer gewissermaßen dualen Raumstruktur bestimmen bis heute zu einem Großteil die Vorstellungen, die mit dem Prozess des Strukturwandels im Alpenraum verbunden werden. Bei genauerer Betrachtung reicht dieses einfache Bild zur Beschreibung der Realität jedoch nicht aus. Ergebnis des Strukturwandels ist vielmehr die Entwicklung einer weitaus differenzierteren Raumstruktur, wobei bereits teilräumlich – auf einer regionalen Ebene – zwischen z. T. extrem disparitären ökonomischen, soziokulturellen und ökologischen Entwicklungstendenzen und damit verbundenen Problemlagen zu

unterscheiden ist. Verschiedene regionalwissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre haben dieses Bild der regionalen Differenzierung im Alpenraum auf der Basis empirischer Daten eindrucksvoll untermauern können (vgl. u. a. BÄTZING 1999).

Allerdings dienen die Versuche der regionalen Differenzierung nicht nur einer besseren Erfassung und einem besseren Verständnis der aktuellen Situation. Zugleich lässt sich daraus auch die Forderung nach einem regionsspezifischen Handeln ableiten, das zur Lösung der jeweils typischen regionalen Entwicklungsprobleme im Rahmen von Raumordnung und Regionalpolitik notwendig erscheint.

Wenngleich der regionale Strukturwandel im Alpenraum bereits seit längerem Gegenstand einer regen wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung ist, haben die damit zusammenhängenden Fragen im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Für Österreich spielt diesbezüglich der Beitritt zur EU im Jahre 1995 eine zentrale Rolle, in dessen Folge die Probleme des Strukturwandels eine weitere Verschärfung erfahren haben. Dies gilt insbesondere im Blick auf die Anpassungsprobleme der ländlichen Räume, vor allem der Berggebiete und der Berglandwirtschaft, für die erhebliche Probleme der Strukturanpassung im europäischen Kontext bestehen und weiterhin prognostiziert werden. Hieraus erwachsen entsprechende

¹ Der vorliegende Aufsatz basiert auf Vorträgen, die der Autor am 16.7.1999 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg auf der Akademischen Feier aus Anlass des 60. Geburtstages von Prof. Dr. Rainer Krüger und am 28.10.1999 auf der Tagung „Heimat. L' identità regionale nel processo storico“ an der Libera Università di Lingue e Comunicazione in Feltre (Italien) gehalten hat. Für ihre kritischen Anmerkungen zur schriftlichen Textfassung dankt er den Kollegen RAINER DANIELZYK (Dresden), PETER HASSLACHER (Innsbruck), MARTIN HEINTEL (Wien), PETER SCHAAL (Vechta) und NORBERT WEIXLBAUMER (Wien).

Herausforderungen auch und gerade im politischen Raum (HEINTEL 1998).

Dies gilt ebenso für die Formulierung politischer Antworten auf die Probleme des Strukturwandels auf internationaler Ebene. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Diskussion um die Verabschiedung und Umsetzung der Alpenkonvention als internationales Instrument zum Schutz des Alpenraums. Mit der Alpenkonvention wird zum ersten Mal für einen europäischen Großraum der Versuch unternommen, unter den beteiligten Akteuren – den Alpenländern und der EU – verbindliche Vereinbarungen zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne einer Balance zwischen Ökonomie, Soziokultur und Ökologie zu treffen und in Form konkreter Maßnahmen umzusetzen. Mit der Ratifizierung der Rahmenkonvention im Jahre 1991 sowie der Verabschiedung von inzwischen acht Protokollen zur inhaltlichen Konkretisierung der gesteckten Ziele ist jedoch bislang „nur“ ein äußerer Rahmen abgesteckt; entscheidend bleibt die praktische Durchführung insbesondere auf regionaler, aber auch auf nationaler und lokaler Ebene (vgl. GANTAR 1998; HASSLACHER 2000).

Regionalisierung als Antwort auf die Probleme im Alpenraum?

Eine rege wissenschaftliche und politische Diskussion thematisiert bereits seit geraumer Zeit den wachsenden Problemdruck im Alpenraum. In diesem Zusammenhang treten in zunehmendem Maße Vorstellungen in den Vordergrund, die zur Bewältigung der unterschiedlichen Problemlagen im Alpenraum die Formulierung regionspezifischer Handlungsstrategien im Sinne einer „regionalisierten Regionalentwicklung“ favorisieren.

Die Diskussion um eine Regionalisierung der Regionalentwicklung ist jedoch keineswegs auf den Alpenraum beschränkt. Sie steht im Zusammenhang mit einer breiten Auseinandersetzung, die bereits seit längerem um einen allgemeinen Bedeutungsgewinn der „regionalen Ebene“ in Europa, zumindest aber in den Ländern der EU geführt wird. Dies gilt auch und gerade für die Auseinandersetzung um die konzeptionellen Grundlagen der Regionalentwicklung und der sie steuernden Politikbereiche (vgl. u. a. MOSE 1993a S. 31ff.).

In der Diskussion um die Vorzüge der „regionalen Ebene“ dominierten anfänglich normative Überlegungen aus der Sicht einer kritischen Regionalpolitik. Regionalität wurde danach als Voraussetzung für die Bewahrung gefährdeter und die Durchsetzung reformierter oder alternativer Lebensweisen verstanden. Ebenso verband sich damit die Vorstellung, dass vor dem Hintergrund zunehmend unüberschaubar werdender globaler Zusammenhänge die lokale und regionale Ebene einen geeigneten Orientierungsrahmen für soziale Aktivierung, kulturelles Engagement und politische Partizipation liefern. Als Fernziel waren damit auch Vorstellungen von wirtschaftlicher Abkoppelung und politischer Autonomie verbunden.

Im Gegensatz dazu haben sich heute eher funktional bestimmte Argumente für die Aufwertung der regionalen Ebene durchgesetzt. Diese werden gleichermaßen durch eine Regionalisierung „von oben“ und „von unten“ bestimmt: So bestehen erhebliche Zweifel daran, ob zentralstaatliche Instanzen aufgrund der zunehmenden Komplexität von Problemen noch in der Lage sind, diesen konzeptionell, instrumentell, aber auch finanziell hinreichend treffsicher zu begegnen. Vielfach wird der Zentralstaat inzwischen schlichtweg als überfordert angesehen und ein entsprechendes Eigeninteresse an Dezentralisierung unterstellt. Hinzu kommt, dass die politisch-administrative Bewältigung des Strukturwandels immer mehr die Berücksichtigung neuer Themen und Akteure aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Handlungsfeldern (Wirtschaft, Kultur, Umwelt, Bildung usw.) verlangt, für die die regionale Ebene in besonderer Weise geeignet erscheint. Die Entstehung verschiedener neuartiger regionaler Institutionen wie Regionalkonferenzen, Runde Tische etc. sind Ausdruck dieser Entwicklung. Ebenso zählen dazu einige spezifische Trägerinstitutionen im Kontext europäischer Förderprogramme (z. B. LEADER-Aktionsgruppen). Auf der anderen Seite wird der Prozess der Regionalisierung durch deutliche Tendenzen einer immer stärkeren Kooperation auf kommunaler Ebene bestimmt, wie sie z. B. in der Bildung von Regionalverbänden zum Ausdruck kommt. Zunehmende sach-

liche, vor allem aber finanzielle Zwänge zur Zusammenarbeit begründen diese Entwicklung ebenso wie der Versuch der beteiligten Kommunen, als Region besser wahrgenommen zu werden und stärkeres politisches Gewicht zu erlangen (vgl. BLOTEVOGEL 1996, S. 44ff.; auch DANIELZYK 1995 und 1998).

Der offensichtliche Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene, der hier im Hinblick auf die Aufgaben von Raumordnung und Regionalpolitik nur kurz skizziert werden sollte, könnte auch und gerade für den Alpenraum eine herausragende Bedeutung gewinnen (vgl. BÄTZING 1999). Dafür sprechen im wesentlichen drei Gründe:

- Die empirisch untermauerten Tendenzen einer fortschreitenden Differenzierung des regionalen Strukturwandels und die Herausbildung regional sehr unterschiedlicher Entwicklungsmuster sind im Alpenraum besonders stark ausgeprägt. Von daher erscheint es dringend geboten, in den Alpen zur Bewältigung der mit dem Strukturwandel verbundenen Probleme insbesondere regional angepasste Lösungen zu entwickeln.
- Gleichzeitig ist sowohl in den Ländern des Alpenraumes als auch auf der Ebene der EU eine anhaltende Tendenz zur Implementierung „regionalisierter“ Instrumente in Politik und Planung zu konstatieren, die ein stärker regionales Handeln im Alpenraum quasi zwangsläufig erforderlich machen (werden).
- In Teilen des Alpenraumes verfügt man bereits über vielfältige, z. T. langjährige Erfahrungen mit solchen Politikansätzen im Sinne einer „regionalisierten Regionalentwicklung“, an die sich sinnvoll anknüpfen ließe.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass es zur dauerhaften Bewältigung der skizzierten Problemlagen im Alpenraum keine Alternative zu den Ansätzen eines stärker regionalisierten Handelns gibt. Diese Bewertung entspricht auch den Aussagen des wichtigsten politischen Instruments für die zukünftige Entwicklung des Alpenraumes, der Alpenkonvention: Als entscheidende Herausforderung wird danach die Formulierung eines gemeinsamen politischen Handlungsrahmens für alle Alpenländer und

genaturschützerische Leistung“ (HASSLACHER 1999, S. 318).

Darüber hinaus kann aber auch die raumordnerische Gestaltung des Schutzgebietes alles in allem zweifellos als gelungen angesehen werden: Unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes auf der einen und der Belange diverser wirtschaftlicher Interessengruppen (Landwirtschaft, Tourismus, Energiewirtschaft etc.) auf der anderen Seite gelang es, zu einer räumlichen Zonierung des Nationalparkgebietes zu kommen, die neben Zonen intensiver Landschaftsbeanspruchung großräumige Vorranggebiete der Ruhe und des ökologischen Ausgleichs vorsieht (Außenzone, Kernzone, Sonderschutzgebiete). Dieses Konzept wird heute allgemein als akzeptabel und tragfähig angesehen.

Auf dem Weg zur Nationalparkregion

Die letztlich erfolgreiche raumordnerische Umsetzung des Nationalparks basiert auf einer Konzeption, von der zu Beginn der konkreten Nationalparkplanungen noch keine Rede war. Diese beruht auf dem Prinzip des gleichzeitigen Schützens und Förderns. Dahinter verbirgt sich der Versuch, im Gebiet des Nationalparks nicht nur zu einer sinnvollen räumlichen Zonierung von Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus usw. zu kommen, sondern darüber hinaus dem Großraum des Nationalparks auch eine gezielte regionalpolitische Förderung zuteil werden zu lassen. Diese Förderung ist als Kompensation für eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen im Energie- und Tourismussektor (Bau weiterer Großspeicherkraftwerke, Erschließung von Sommerskigebieten) zu verstehen, die ursprünglich, wie oben bereits angedeutet, ebenfalls zur Diskussion gestanden hatten, mit der Entscheidung für den Nationalpark jedoch endgültig verworfen wurden. Mit der Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfen wurde damit zugleich auch eine entscheidende Grundlage für die inzwischen breite Akzeptanz des Schutzgebietes geschaffen.

Die Implementierung spezieller Fördermöglichkeiten ist nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht relevant. Darüber hinaus ist vor allem die Tatsache von Bedeutung, dass damit die

Vorstellung einher geht, die Entwicklung des Schutzgebietes in einen größeren Kontext der regionalen Entwicklungsplanung zu stellen, der über die sog. „Nationalpark- (und) Vorfeldregion“ (im folgenden kurz „Nationalparkregion“) hergestellt werden soll (vgl. FALLY 1994). Neben den 16 Nationalparkgemeinden mit Gebietsanteilen am Schutzgebiet werden dazu weitere 9 vor- bzw. zwischengelagerte Gemeinden gezählt, die zwar keinen Anteil am Nationalpark haben, aber aufgrund ihrer intensiven Verflechtung mit den „echten“ Nationalparkgemeinden als ein gemeinsamer Funktionsraum angesehen werden können (vgl. *Abb. 1*). Verschiedene Förderprogramme sowie planerische Dokumente, die im Zusammenhang mit dem Nationalpark stehen, beziehen sich in der Regel auf diesen Raum der Nationalparkregion (vgl. u. a. SIR 1993b).

Für die Regionalförderung steht eine Reihe verschiedener Förderprogramme zur Verfügung. Hierzu zählen sowohl Programme, die speziell auf die Nationalparkregion zugeschnitten sind als auch solche Programme, die allgemein auf Landes- oder Bundesebene – unabhängig vom Nationalpark – zur Verfügung stehen (vgl. SIR 1993b, S. A1ff.). Eine besondere Rolle für die Förderung der Nationalparkregion spielt die Bund-Länder-Kooperation, über die seit 1982 spezielle nationalparkbezogene Projektmittel in die Gemeinden des Nationalparks Hohe Tauern gelenkt werden. Die Bund-Länder-Kooperation wurde erstmals 1990 und erneut 1994 mit dem Beitritt Tirols zum Nationalpark staatsvertraglich verankert. Schwerpunkte der Förderung liegen dabei auf Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Berglandwirtschaft einerseits sowie der Gestaltung eines nationalparkkonformen Tourismus andererseits. Der Umfang der auf Bundes- und Landesebene insgesamt ausgeschütteten Fördermittel für projektbezogene Maßnahmen ist beträchtlich und belief sich im Zeitraum zwischen 1982 und 1997 auf insgesamt knapp 600 Mio. ÖS (= ca. 85 Mio. DM) (vgl. HASSLACHER 1998, S. 11/12).

Neben den rein nationalparkbezogenen Projektförderungen wurden in der Folge einige weitere regionalpolitische Instrumente verankert, die ebenfalls die Akzeptanz der Bevölke-

rung zu stärken halfen. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang das 1991 von der Tiroler Landesregierung beschlossene „Regionale Entwicklungsprogramm“ für die osttiroler Gemeinden mit Gebietsanteilen am Nationalpark mit Fördermitteln im Umfang von 250 Mio. ÖS (= ca. 35 Mio. DM), das als Kompensation für einige der in Osttirol lange Zeit favorisierten großtechnischen Erschließungsvorhaben (s. o.) installiert wurde. Die Umsetzung der Sonderförderung wurde durch eine 1993 eigens eingesetzte Regionalbetreuung sichergestellt. Das Programm war jedoch nur auf einen Zeitraum von zehn Jahren befristet und läuft in diesem Jahr aus. Ein adäquater Ersatz für das Programm ist nicht vorgesehen; entsprechend ist aktuell Kritik an der Tiroler Landesregierung laut geworden.

Mit der Einbeziehung einer „regionalen Ebene“, nämlich der Nationalparkregion, ist der Nationalpark Hohe Tauern zu einem Experimentierfeld für die praktische Gestaltung einer „regionalisierten Regionalentwicklung“ geworden. Im Einklang mit der Idee des Nationalparks soll sich diese primär an einer dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichteten Entwicklung der Region unter Einbeziehung möglichst vieler relevanter Potenziale und Akteure orientieren. Insofern ist der Nationalpark Hohe Tauern auch nicht länger ausschließlich ein Instrument des Gebietsschutzes, sondern übernimmt zugleich die Aufgabe eines Instruments der Regionalentwicklung in einem peripheren ländlichen Raum. Dieser erkennbare Funktionswandel eines Schutzgebietes, für den es im Alpenraum und in anderen Teilen Europas verschiedene weitere Beispiele gibt, ist von WEIXLBAUMER (1998a) als Übergang vom statischen zum innovativen Gebietsschutz charakterisiert worden.

Der Prozess der regionalen Aktivierung im Umfeld des Nationalparks ist inzwischen weiter fortgeschritten, wobei hierfür gleichermaßen Handlungsansätze „von oben“ und „von unten“ sowie in unterschiedlichen Aktivitätsfeldern von Bedeutung sind. Diese können hier nur überblickartig skizziert werden.

Eine ausgesprochene Vorreiterrolle fiel in der Gründungsphase des Nationalparks dem Österreichischen Al-

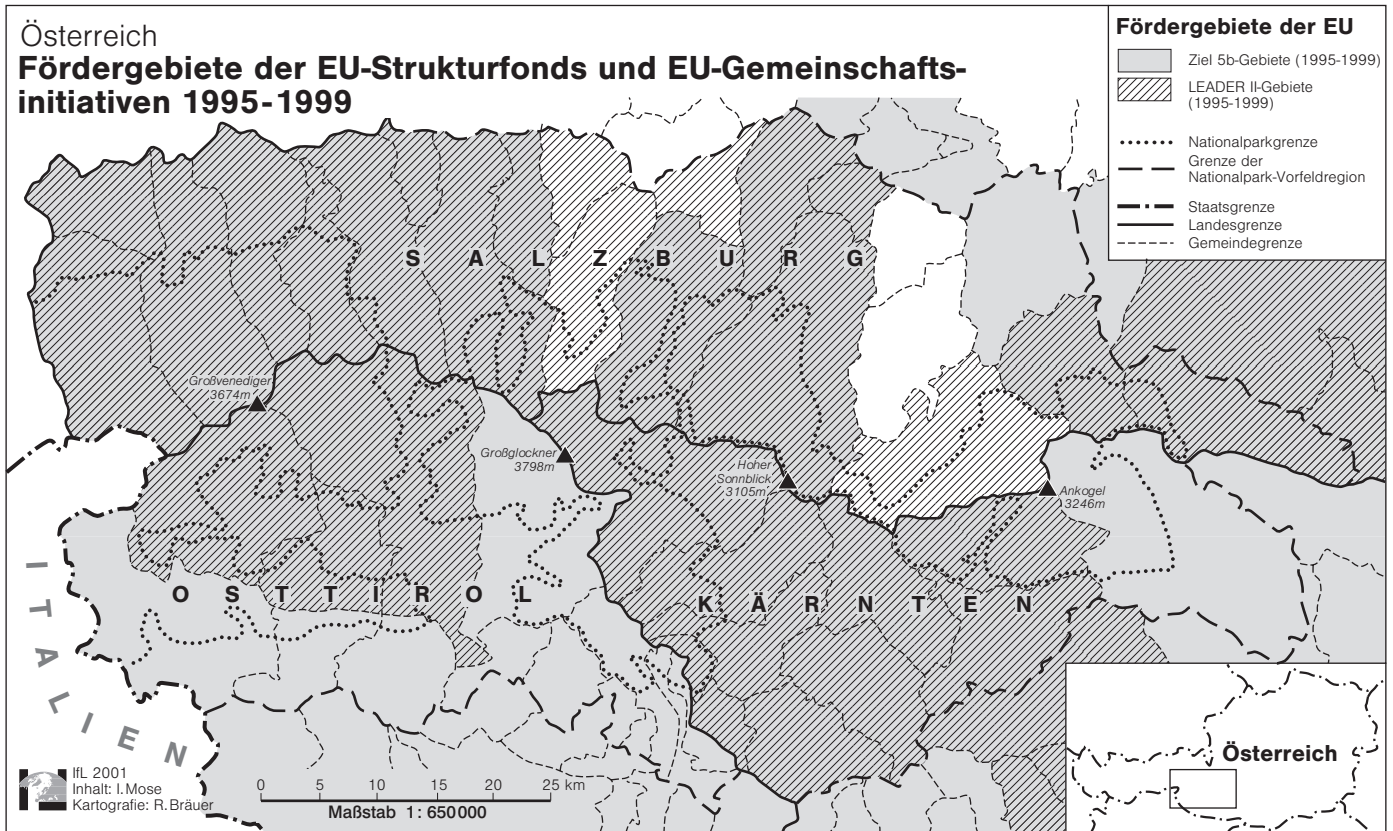


Abb. 2: Fördergebiete der EU-Strukturfonds und -Gemeinschaftsinitiativen (1995-1999)
 Quelle: Ämter der Kärntner, Salzburger und Tiroler Landesregierung

penverein zu, der als größter Grundbesitzer im Nationalparkgebiet bereits beizeiten wichtige Impulse zur Entwicklung eines „sanften Tourismus“ in der Region setzen konnte. Daneben sind die beteiligten Gemeinden bzw. Fremdenverkehrsverbände zu Trägern nationalparkorientierter Initiativen im Bereich des Tourismus geworden (vgl. MOSE 1993b und 2000). Über die Gründung des sog. „Zukunftskollegiums Nationalpark Hohe Tauern“ fanden frühzeitig verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene Eingang in die Entwicklung der Nationalparkregion, die sich u. a. in Beiträgen zur Denkmalpflege, Kultur- und Bildungsarbeit niederschlugen. Darüber hinaus etablierte sich im Land Salzburg der Verein „TAURISKA“ zur Förderung diverser eigenständiger kultureller Initiativen in der Nationalparkregion. Seit dem EU-Beitritt Österreichs liegt der Nationalpark schließlich auch im Einflussbereich mehrerer europäischer Förderprogramme. Von wenigen Ausnahmen abgesehen fielen 1995-99 fast alle Nationalparkgemeinden unter die Ziel 5b-Förderung (vgl. Abb. 2). Zu deren optimaler Umsetzung wurden in den betreffenden Gebieten verschiedene

regionale Entwicklungsorganisationen eingerichtet, die als „Vermittler“ zwischen den Förderprogrammen und der regionalen Wirtschaft fungieren. In Salzburg wurde ein entsprechendes Regionalmanagement z. B. auf Ebene der Bezirke eingerichtet; wobei deren Tätigkeit mehr oder weniger auch den Einzugsbereich der Nationalparkregion umfasst (z. B. Regionalmanagement Pinzgau). Noch wichtiger war aus akteursbezogener Sicht die Etablierung von drei Programmregionen der Gemeinschaftsinitiative LEADER, die Gebietsanteile am Nationalpark Hohe Tauern haben: die „Nationalparkregion Hohe Tauern“ (Salzburg), die „Region Großglockner/Mölltal“ (Kärnten) und die „Region Virgental“ (Osttirol). Lokale Aktionsgruppen sind in diesen Gebieten zum Träger diverser umweltverträglicher Projekte im Tourismus, in der Landwirtschaft, im Gewerbe sowie in den Bereichen Energie und Kultur geworden. Hierbei werden sie von eigens eingesetzten LEADER-Managern unterstützt. Die LEADER-Regionen im Gebiet des Nationalparks Hohe Tauern werden zu den innovativsten in ganz Österreich gezählt (vgl. FIDL-SCHUSTER 1998; auch SLATOSCH 2000).

Mit der Reform der EU-Strukturfonds zu Beginn des Jahres 2000 sind große Teile der Nationalparkregion heute unter dem neuen Ziel 2-Programm weiterhin förderfähig geblieben; einige Gemeinden fallen unter eine befristete Übergangsförderung (sog. phasing out). Die zukünftige Rolle der LEADER-Gruppen ist dagegen bis dato unklar (vgl. Abb. 3).

Chancen, Probleme und Widersprüche der Regionalisierung

Der eingeleitete Prozess der Regionalisierung im Einzugsgebiet des Nationalparks Hohe Tauern steht deutlich im Gegensatz zu früheren raumordnungs- und regionalpolitischen Handlungsansätzen vor allem der 1960er und 1970er Jahre, die die Regionen primär „von oben“ aus der Perspektive der übergeordneten Zentren und ihrer Interessen und weitgehend ohne Rücksicht auf ökologische Belange zu „entwickeln“ versuchten. Dagegen tragen die heutigen Handlungsansätze deutlich die Handschrift einer stärker dezentralisierten, regional angepassten und umweltverträglichen Regionalentwicklung. Dieser Wandel ist zweifellos als ein Gewinn zu bewerten, da damit – ungleich stärker als

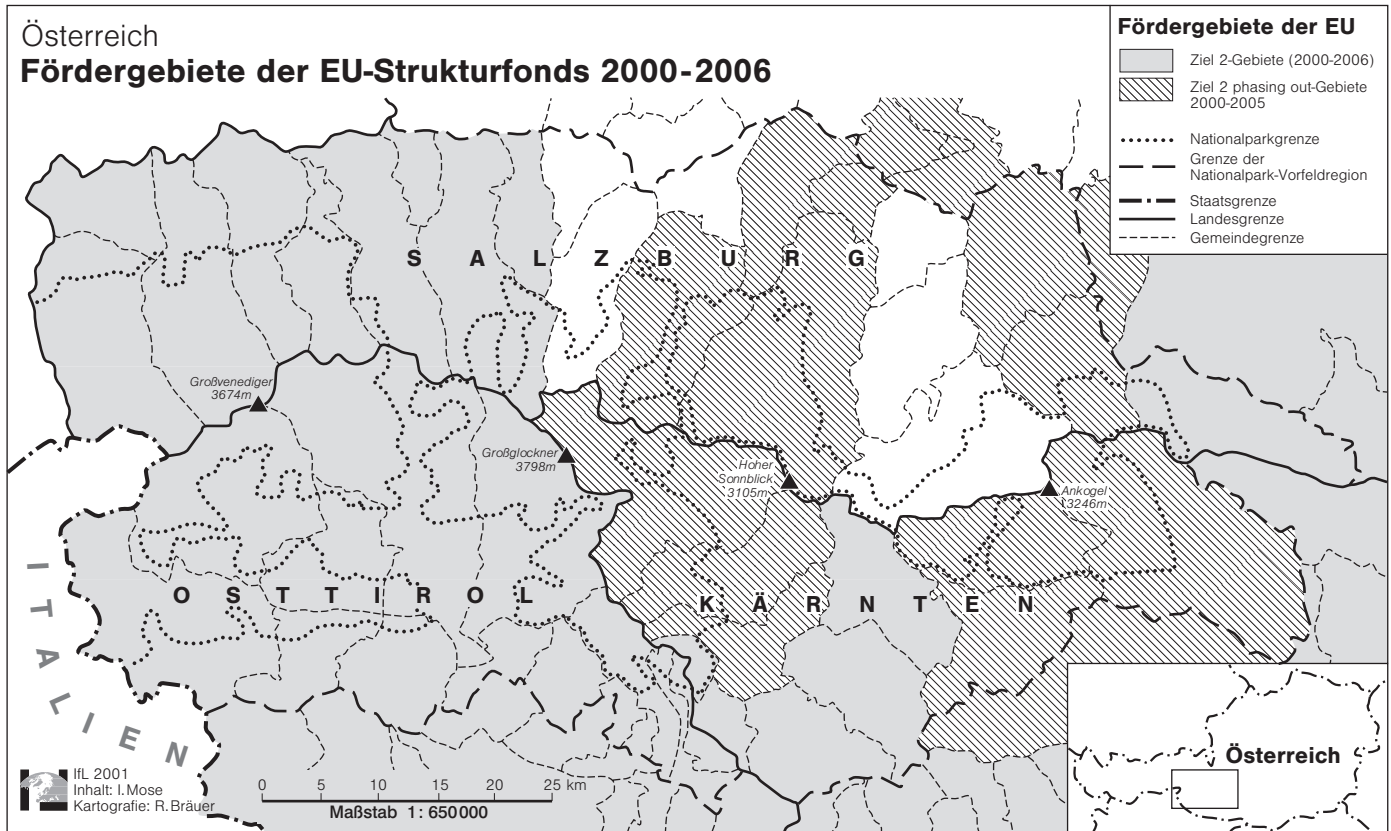


Abb. 3: Fördergebiete der EU-Strukturfonds (2000-2006)

Quelle: Ämter der Kärntner, Salzburger und Tiroler Landesregierung

zuvor – die Artikulation eigener regionaler Interessen möglich geworden ist. Für deren Umsetzung bietet der Nationalpark ein ungewöhnliches Experimentierfeld. Er fungiert dabei nicht mehr ausschließlich als Schutzgebiet im engeren Sinne, sondern übernimmt mehr und mehr auch die Rolle eines Instruments der Regionalentwicklung, das sich am Maßstab der Nachhaltigkeit zu orientieren versucht. Dieses hat es in der betreffenden Region vorher nicht gegeben. Die Realisierung zahlreicher innovativer Projekte belegt eindrucksvoll die Dynamik der damit ausgelösten Entwicklungsprozesse.

Gleichzeitig sind jedoch auch Defizite und Probleme erkennbar geworden, die den Vorbildcharakter des „Projektes“ Nationalpark Hohe Tauern relativieren. Deren wissenschaftliche Aufarbeitung ist bislang allenfalls punktuell erfolgt und bedarf der weiteren Vertiefung. Hier können im Folgenden nur einige wenige „Schlüsselfragen“ angesprochen werden.

Eine unverzichtbare Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der „neuen“ Entwicklungsstrategien ist deren möglichst breite Verankerung unter der einheimischen Bevölkerung.

Diese gestaltet sich nicht unproblematisch. So ist festzuhalten, dass sich die Einbeziehung der Bevölkerung in die lokalen und regionalen Entwicklungsprozesse von Gemeinde zu Gemeinde bislang sehr unterschiedlich gestaltet hat. Hatte es in der Gründungsphase des Nationalparks in einigen Gemeinden besonders aktive Formen der Bürgerbeteiligung gegeben, z. B. in der Gemeinde Neukirchen am Großvenediger über das „Zukunftskollegium Nationalpark Hohe Tauern“, so war die Mobilisierung einer solchen Entwicklung „von unten“ in anderen Gemeinden dagegen weniger erfolgreich. Heute ist die Bereitschaft zur Mitwirkung an konkreten Projektinitiativen insgesamt eher rückläufig. Die starke Abhängigkeit entsprechender Aktivitäten von einzelnen Persönlichkeiten, die hohen Belastungen, die üblicherweise mit einem ehrenamtlichen Engagement verbunden sind, Defizite hinsichtlich der Transparenz der ablaufenden Prozesse sowie die letztlich nur beschränkten Einflussmöglichkeiten auf lokaler Ebene kommen dafür als Erklärung in Betracht. Deutlich werden hieran die Probleme einer dauerhaften Verankerung partizipativer Planungsformen sichtbar.

Als ein weiteres Problem erweist sich die Tatsache, dass bislang nur schwer auszumachen ist, welche der in der Region tätigen Akteure tatsächlich als „regionale Institutionen“ mit einer ausdrücklich regionalen Handlungsperspektive gelten können. Am ehesten wird dies für die Formierung der genannten LEADER-Aktionsgruppen vermutet werden, die allein von der Konzeption des LEADER-Programms her – zumindest formal – auf eine „regionale Perspektive“ verpflichtet sind. Tatsächlich spiegelt sich diese Perspektive auch in der praktischen Arbeit der LEADER-Gruppen wider. Ein Beispiel hierfür stellt die im salzburger Teil der Nationalparkregion entwickelte Regionalmarke „Nationalpark Hohe Tauern“ dar, die neben zahlreichen landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben auch von 24 gastronomischen „Partnerbetrieben“ verwendet wird. Obschon die Aktionsgruppen und die sie unterstützenden LEADER-Manager sich in ihrer Arbeit vorrangig auf das eigene Arbeitsgebiet konzentrieren, haben sich auch einige Austauschbeziehungen entwickeln können, die den Gesamttraum der Nationalparkregion in den Blick zu nehmen versuchen. Dass

diese Kooperationen zustande kamen, liegt aber offenbar weniger in einer gezielten Kooperationsstrategie als an der Selbstorganisationskraft der jeweiligen Projektträger begründet, da ein regelmäßiger Austausch zwischen den Gruppen in den drei LEADER-Programmen nicht vorgesehen ist. Allerdings planen die drei Aktionsgruppen für die Zukunft ein gemeinsames Projekt, in dessen Mittelpunkt ein modernes touristisches Destinations-Management für den gesamten Nationalpark stehen soll (vgl. FIDLSCHUSTER 1998, S. 14). Der Wert der LEADER-Aktivitäten für die Entwicklung der Nationalparkregion darf insofern nicht unterschätzt werden. Gleichwohl bleibt zu berücksichtigen, dass sich diese praktisch nur auf sehr ausgewählte Handlungsfelder beschränken, die stark durch sektorale Partikularinteressen gesteuert werden (Landwirtschaft, Tourismus etc.). Eine ganzheitliche Konzeption der Regionalentwicklung, womöglich für die gesamte Region des Nationalparks und seines Vorfeldes im Sinne von FALLY (1994), liegt der Arbeit der LEADER-Aktionsgruppen jedenfalls nicht zugrunde. Die Rolle „regionaler Institutionen“ können diese insofern nur bedingt übernehmen.

Auch die Nationalparkverwaltungen haben dieses Fehlen einer „regionalen Institution“ nicht auffangen können. Per definitionem sind diese vorrangig auf die Entwicklung des Schutzgebietes im engeren Sinne und weniger auf die Entwicklung der Region orientiert. Dies wird insbesondere auch an den Bemühungen um die Anerkennung des Nationalparks durch die International Union for Conservation of Nature and Resources (IUCN) deutlich, die gegenwärtig für die Nationalparkverwaltungen eindeutig im Mittelpunkt des Interesses stehen. Die Frage nach dem Zusammenhang von Schutzgebietsqualität und Regionalentwicklung spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Überdies fehlt es offenbar auch am Willen zur Formulierung einer gemeinsamen regionalen Entwicklungsperspektive. So ist es bis heute nicht gelungen, für das länderübergreifende Schutzgebiet eine gemeinsame Verwaltung zu installieren, obschon die Vorteile einer gemeinsamen Verwaltungsstruktur auf der Hand liegen und der Nationalpark offiziell

immer als ein „einheitliches Schutzgebiet“ gedacht war. Die Nationalparkverwaltungen können insofern bislang kaum für sich in Anspruch nehmen, mit „einer Stimme“ für den Nationalpark, geschweige denn die Nationalparkregion zu sprechen. Auch der sog. Nationalparkrat, der sich aus Vertretern aller drei Schutzgebiete zusammensetzt, hat diesen Anspruch nicht einlösen können; de facto ist das Gremium mehr oder weniger bedeutungslos und hat inzwischen seit über drei Jahren nicht mehr getagt. Einzig mit der Nationalparkakademie Hohe Tauern ist 1997 eine Institution im Bereich der Bildungsarbeit entstanden, die erstmals tatsächlich länderübergreifend tätig ist und Veranstaltungen über die Grenzen der drei Länder hinweg anbietet.

Unklar ist schließlich, ob sich alle relevanten Initiativen unter ein gemeinsames Leitbild bzw. ein gemeinsames Entwicklungskonzept im Sinne einer nationalparkkonformen – nachhaltigen – Regionalentwicklung stellen lassen. Tatsächlich wurde für die Entwicklung der Nationalparkregion bislang kein Leitbild bzw. Entwicklungskonzept formuliert, zumindest nicht auf länderübergreifender Ebene. Auch das 1993 speziell für das Land Salzburg vorgelegte „Entwicklungs- und Förderungskonzept für die Nationalpark Hohe Tauern Vorfeldregion“ (vgl. SIR 1993a und 1993b) erfüllt diesen Anspruch allenfalls bedingt, da es sich hierbei „nur“ um einen fachgutachterlichen Katalog potenzieller – zudem sehr allgemeiner – Ziele und Maßnahmen handelt, nicht jedoch um die Formulierung eines verbindlich vereinbarten Handlungsrahmens und entsprechender Handlungsschritte als Ergebnis einer gemeinsamen Willensbildung der zuständigen politisch legitimierten Institutionen.

Diesem Defizit für die Nationalparkregion als Ganzes entsprechen die Defizite auf teilträumlicher Ebene. So ist es seitens der Regionalplanung bislang in fast allen Nationalparkgebieten Kärntens, Salzburgs und Tirols versäumt worden, die gesetzlich erforderlichen Entwicklungsprogramme für die jeweiligen Teilräume fortzuschreiben bzw. überhaupt zu erstellen (vgl. HASSLACHER 1999, S. 321/322). Die Überalterung der Planungsgrundlagen wird beispielhaft anhand der salzbur-

ger Bezirke mit Anteilen an der Nationalparkregion deutlich: So datieren die relevanten Entwicklungsprogramme der überörtlichen Raumplanung für den Pinzgau auf das Jahr 1973 und für den Pongau auf das Jahr 1986 (vgl. SIR 1993a, S. 196ff.). Dieses Fehlen klarer regionalplanerischer Zielvorgaben für die zukünftige Entwicklung im Einzugsbereich des Nationalparks wiegt umso schwerer, als im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung seit Mitte der 1990er Jahre professionelle Einrichtungen des Regionalmanagements tätig sind, deren Tätigkeit sinnvollerweise mit den Zielsetzungen der Raumordnung abzustimmen wäre. Dies ist jedoch bislang nur ansatzweise der Fall.

Dadurch fehlt es auch auf dieser Ebene weitgehend an klaren Zielvorgaben für die zukünftige Entwicklung im Einzugsbereich des Nationalparks.

Eine Ausnahme stellt die Entwicklung im salzburgischen Bezirk des Lungaus dar, der mit einigen Gemeinden Gebietsanteile an der Nationalparkregion hat. Auf Grundlage des Salzburger Landesentwicklungsprogramms aus dem Jahre 1994 wurde im Lungau ein „Regionalprogramm“ erarbeitet, das seit dem 29.3.2000 rechtswirksam ist. Die Erstellung des Regionalprogramms erfolgte durch den 1995 gegründeten Regionalverband Lungau, in dem alle 15 Gemeinden des Bezirks zusammengeschlossen sind und der gemäß salzburgischem Raumordnungsgesetz von 1992 Träger der Regionalplanung ist; zugleich fungiert der Regionalverband auch als Träger des Regionalmanagements im Bezirk. Das „Regionalprogramm Lungau“ ist eines der ersten einer neuen Generation von Programmen im Land Salzburg, die entsprechende Verordnungen aus den 1970er und 1980er Jahren ersetzen sollen. Nach KALS und SCHÖNEGGER (2000) liegt die besondere Qualität des Regionalprogramms für den Lungau in der Formulierung eines Leitbildes, das auf „eine ‚intelligente‘ Nutzung der Landschaftsgüter durch ressourcenschonende, nachhaltig organisierte Regionalwirtschaft“ zielt. Zu den Eckpfeilern des Regionalprogramms zählen dem entsprechend die Erhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen in der Region, eine ausgewogene und solidarische Entwicklung der Gemeinden im Sinne einer regionalen

Arbeitsteilung sowie die Orientierung der Regionalentwicklung an Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und Umweltentlastung (vgl. KALS und SCHÖNEGGER 2000).

Was mit einem Regionalprogramm wie für den Lungau aufgezeigt worden ist, steht nicht nur für die weiteren Bezirke im Einzugsbereich des Nationalparks, sondern auch für den Planungsraum der Nationalparkregion als Ganzes nach wie vor aus: die Formulierung eines klaren Leitbildes, an dem sich die zukünftige Entwicklung dieses Raumes orientieren soll. Eine geeignete Form könnte hierfür z. B. ein großräumiges „Regionales Entwicklungskonzept“ bzw. ein „Regionaler Förderplan“ sein, wie dies ähnlich u. a. aus der regionalpolitischen Programmplanung im Rahmen der EU-Strukturfonds bekannt ist. Die geltenden gesetzlichen Grundlagen der Raumordnung in den beteiligten Ländern sehen die Möglichkeit der Implementierung eines solchen großräumigen Planungs- bzw. Entwicklungsinstruments, zumal über die Grenzen der Länder hinweg, nicht vor. Gleichwohl wäre ein solches Instrument sinnvoll und notwendig, da mit den bisherigen konzeptionellen Planungs- und Entwicklungsvorgaben auf teilräumlicher oder sektoraler Ebene eine dezidiert „regionale Perspektive“ nicht bzw. allenfalls in Ansätzen angesprochen worden ist.

Zusammenfassung

Der Nationalpark Hohe Tauern kann in mehrfacher Hinsicht als ein interessanter „Testfall“ für die Implementierung regionalisierter Formen der Regionalentwicklung im Alpenraum gelten. Nach BÄTZING (1999) sind solche regional angepassten Strategien der Regionalentwicklung eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, um im Alpenraum adäquate Lösungen für die zunehmend spezielleren Entwicklungsprobleme auf regionaler Ebene zu finden.

Die Erfahrungen mit der bisherigen Entwicklung in der Nationalparkregion Hohe Tauern vermitteln ein heterogenes, keineswegs widerspruchsfreies Bild von der Praxis entsprechender Handlungsstrategien. Einige wesentliche Ergebnisse der vorangehenden Darstellungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Weitgehend unbestritten ist die Qualität der raumordnerischen Im-

plementierung des Nationalparks in allen drei Ländern. Diese illustriert beispielhaft, wie auf Basis eines räumlich differenzierten Zonierungskonzeptes tragfähige Möglichkeiten des Ausgleichs unterschiedlicher Interessensansprüche gefunden werden konnten. Ähnlich positive Erfahrungen wurden auch in anderen Schutzgebieten (im Alpenraum) gemacht.

Ebenso dürfte außer Frage stehen, dass die Einrichtung des Nationalparks grundsätzlich als Auslöser für eine ganze Reihe von Projekten anzusehen ist, die sich in der Summe sehr positiv auf die Entwicklung der Nationalparkregion ausgewirkt haben. Verschiedene Initiativen im Bereich des Tourismus, der Landwirtschaft oder der Kulturarbeit können hierfür als Beispiele genannt werden. Auch über die Nationalparkregion hinaus haben diese Aufmerksamkeit erregt und Vorbildcharakter für vergleichbare Initiativen gewonnen.

Unklar ist jedoch, inwieweit die eingeleitete Aktivierung, um die hier primär angesprochene Fragestellung noch einmal zu akzentuieren, tatsächlich als Ausdruck eines *regionalen* Handelns im Sinne einer „regionalisierten Regionalentwicklung“ angesehen werden kann. Die bisherige Entwicklung ist im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass verschiedene Ansätze eines stärker regional orientierten Handelns sowie die sie jeweils tragenden Institutionen (noch) mehr oder weniger additiv nebeneinander stehen, ohne dass deren Aktivitäten bereits hinreichend integriert worden wären. Dieser Befund geht mit der Beobachtung einher, dass die Konkurrenz der Kommunen (aber auch anderer Akteure) nach wie vor einen, wenn auch nicht den einzigen starken Motor der Regionalentwicklung darstellt. Beispielhaft wird dies anhand der kontroversen Einstellungen zur weiteren touristischen Infrastrukturplanung sowie der völlig uneinheitlichen Positionsbildungen zur großräumigen Verkehrsplanung deutlich. Dieser Befund steht im Widerspruch zum erklärten Ziel eines regional abgestimmten Handelns, das eine stärkere und dauerhafte Abstimmung und Kooperation in Form eines geeigneten institutionellen Rahmens erforderlich macht. Hierzu sind bislang allenfalls Ansätze erkennbar.

Ein wesentliches Manko stellt dem entsprechend das Fehlen eines regionalen Leitbildes für den Gesamttraum der Nationalparkregion dar. Im Sinne einer tatsächlich „regionalen Entwicklung“ müsste dies notwendigerweise für alle beteiligten Akteure ein Mindestmaß an Verbindlichkeit besitzen, um überhaupt wirksam werden zu können. Zwar wird von verschiedenen Akteuren die Notwendigkeit der regionalen Abstimmung über eine nationalparkkonforme, umweltverträgliche, nachhaltige Regionalentwicklung postuliert (vgl. u. a. SIR 1993a, S. 2), tatsächlich stehen jedoch nach wie vor zahlreiche kontroverse Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Nationalparkregion scheinbar beliebig nebeneinander. Eine politische Initiative zur Bewältigung dieses Defizits ist derzeit nicht absehbar.

Insoweit wird deutlich, dass die Entwicklung des Nationalparks nach wie vor ein beträchtliches Stück hinter dessen Möglichkeiten zurückbleibt. Das ist auch und gerade im Lichte der Möglichkeiten zu sehen, die aus der Einrichtung eines hochrangigen großräumigen Schutzgebietes wie dem Nationalpark Hohe Tauern erwachsen. Zu Recht stellt KALS (1997, S. 81) fest: „Schutzgebiete sind als bloße Beruhigungsspiele für das Umweltbewusstsein zu wertvoll Ziel muss daher die echte Integration der Schutzgebiete in die Gesamtentwicklung einer Region sein. Schutzgebiete können daher als identitätsstiftende Kerne von Modellregionen fungieren, mit im Anschluss konsequenter Orientierung des Gesamttraumes an der *‘Regionsidee’*...“ (Hervorhebung im Original). Diesem Bild entsprechen weitergehende Überlegungen, die Schutzgebiete als mögliches „Rezept“, gar als „Vorbildlandschaften“ für die Entwicklung ländlicher Räume sehen (vgl. WEIXLBAUMER 1998b). Wie die aktuelle regionalwissenschaftliche Diskussion zeigt, werden hierfür aber eher „neue“ Schutzgebietstypen für geeignet gehalten, die im Sinne eines dynamisch-innovativen Ansatzes Schutz und Entwicklung eines Raumes miteinander zu verbinden suchen: Biosphärenreservate und -parks, Regionalparks, Ruhegebiete und ähnliche Schutzgebietstypen. Nationalparks dagegen werden aufgrund ihres spezifischen konzeptionellen Ansatzes, in dessen

Mittelpunkt häufig nach wie vor der „Reservatsgedanke“ steht, weniger als geeignete Instrumente der Regionalentwicklung angesehen. Wenngleich der Nationalpark Hohe Tauern spätestens seit seiner gesetzlichen Verankerung ausdrücklich auch als ein Instrument der Regionalentwicklung angesehen worden ist, hat sich diese Sichtweise bislang offenbar nicht genügend im Sinne einer regionalen Identitätsstiftung mit dem Ziel eines „regionalen Denkens“ unter den relevanten Akteuren – von Ausnahmen abgesehen – durchzusetzen vermocht.

Im Hinblick auf die Entwicklung und Erprobung regionalisierter Handlungsstrategien zur Bewältigung der anstehenden Problemlagen im Alpenraum muss daraus vorerst der Schluss gezogen werden, dass das Beispiel des Nationalparks Hohe Tauern hierfür sicherlich (bislang) nur bedingt als Vorbild dienen kann. Erst jüngst hat HASSLACHER (1998) mit ähnlichem Tenor erneut davor gewarnt, die Entwicklung des Nationalparks allzu rosig zu beurteilen. Für ihn ist „der große Entwicklungswurf, mit dem sich eine europaweite Aha-Assoziation mit unverwechselbarem Vorzeigecharakter verbinden ließe, ... bisher nicht gelungen“ (HASSLACHER 1998, S. 12). Tatsächlich kann zu Recht beklagt werden, dass bislang keine einzige Nationalparkgemeinde am Gemeindefeldwerk „Allianz in den Alpen“ teilnimmt, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Inhalte der Alpenkonvention auf kommunaler Ebene umzusetzen. Eben so wenig ist bislang erkennbar, wie der Nationalpark Hohe Tauern als „Katalysator“ eines großräumigen interregionalen Schutzgebietsverbundes im Alpenhauptkamm wirken könnte, auf dessen potenzielle Bedeutung für den alpinen Gebietsschutz bereits frühzeitig ebenfalls HASSLACHER (1992) hingewiesen hat. Konkrete Handlungsperspektiven könnten dabei sowohl in der Kooperation mit dem benachbarten Tiroler Ruhegebiet Zillertaler Hauptkamm als auch mit dem Naturpark Riesenerferner-Ahrn in Südtirol (Italien) liegen (vgl. u. a. EDER 1998).

Indes kann weder in der Nationalparkregion Hohe Tauern noch in den Regionen des Alpenraumes insgesamt sinnvoll hinter die Erfordernisse eines stärker regionalisierten Handelns in Raumordnung und Regionalpolitik

wieder zurückgetreten werden. Das Beispiel des Nationalparks Hohe Tauern zeigt vielmehr, dass es gute Gründe gibt, dieser Herausforderung mit der gebotenen Nüchternheit zu begegnen. Vor zuviel Euphorie in Sachen Regionalisierung, das lehren die Erfahrungen in der Nationalparkregion Hohe Tauern, sei jedenfalls gewarnt!

Literatur

- BÄTZING, W. (1999): Die Alpen im Spannungsfeld der europäischen Raumordnungspolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 1, S. 3-13.
- BLOTEVOGEL, H. H. (1996): Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität“: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: BRUNN, G. (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Baden-Baden, S. 44-68. (= Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, Bd. 1).
- DANIELZYK, R. (1995): Regionalisierte Entwicklungsstrategien – „modisches“ Phänomen oder neuer Politikansatz? In: MOMM, A., R. LÖCKENER, R. DANIELZYK u. A. PRIEBIS (Hrsg.): Regionalisierte Entwicklungsstrategien. Bonn, S. 9-17. (= Materialien zur Angewandten Geographie, Bd. 30).
- DANIELZYK, R. (1998): Zur Neuorientierung der Regionalforschung. (= Wahrnehmungsgeschichtliche Studien zur Regionalentwicklung, H. 17). Oldenburg.
- EDER, U. (1998): Naturschutz grenzenlos – Oberstes Gebot der Stunde oder Utopie? Ein humangeographischer Beitrag zur Diskussion der Vernetzung alpiner Schutzgebiete am Beispiel des geplanten INTERREG II-Projektes „Alpensteig“ im Naturschutzverbund Nationalpark Hohe Tauern, Naturpark Riesenerferner-Ahrn und Ruhegebiet Zillertaler Hauptkamm. Diplomarbeit. Wien.
- FALLY, W. (1994): Die Region „Nationalpark und Vorfeld“ als Funktionsraum. In: FLOIRMAIR, R. (Hrsg.): Umdenken. Zehn Jahre Nationalpark Hohe Tauern in Salzburg – eine Bestandsaufnahme. Salzburg, S. 107-120. (= Salzburg Diskussionen, Nr. 19).
- FIDLSCHUSTER, L. (1998): Nationalpark Hohe Tauern – ein Katalysator für innovative LEADER-Projekte. In: Raum, H. 32, S. 13-14.
- GANTAR, P. (1998): Die Alpenkonvention – ein internationales Vertragswerk für eine nachhaltige Entwicklung. In: Internationale Alpenschutzkommission CIPRA (Hrsg.): 1. Alpenreport. Daten, Fakten, Probleme, Lösungsansätze. Bern, S. 374-381.
- HASSLACHER, P. (1992): Mosaiksteine für eine umwelt- und sozialverträgliche

Tourismuspolitik in den Alpen. In: GNAIGER, E. u. J. KAUTZKY (Hrsg.): Umwelt und Tourismus. Wien, S. 29-39. (= Reihe des Umweltforums Innsbruck, Bd. 1).

- HASSLACHER, P. (1998): Nationalpark Hohe Tauern: Ein Lehrstück alpiner Raumordnung. In: Raum, H. 32, S. 10-12.
- HASSLACHER, P. (1999): Die Entwicklung des Nationalparks Hohe Tauern – eine raumordnungspolitische Zwischenbilanz. In: G. WEBER (Hrsg.): Raummuster – Planerstoff. Wien, S. 317-326.
- HASSLACHER, P. (2000): Die Alpenkonvention – Das Vertragswerk für die Alpen auf dem Weg zur Umsetzung. Vortrag gehalten auf der Tagung der Nationalparkakademie Hohe Tauern „Über Leben in den Alpen“ am 6./7. April 2000 in Neukirchen am Großvenediger.
- HEINTEL, M. (1998): „Täglich verlassen 15 Bergbauern ihren Hof!“ Anpassungsprobleme der ländlichen Räume Österreichs durch die Mitgliedschaft in der EU. In: Geographie heute 19, H. 164, S. 16-19.
- KALS, R. (1997): Schutzgebietsmanagement als integrierter Bestandteil der Regionalentwicklung. In: Alpine Raumordnung, Nr. 14, S. 80-84.
- KALS, R. u. C. SCHÖNEGGER (2000): „Neue“ Regionalplanung im Land Salzburg – Beispiel Lungau (Bezirk Tamsweg). In: Ländlicher Raum 13, H. 2, S. 7-10.
- MOSE, I. (1993a): Eigenständige Regionalentwicklung – neue Chancen für die ländliche Peripherie? Vechta. (= Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft, Bd. 8).
- MOSE, I. (1993b): Nationalpark Hohe Tauern – Modellfall für einen „sanften Tourismus“? Erfahrungen mit Projekten in der Region Oberpinzgau. In: Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Nationalpark Hohe Tauern, Bd. 1, S. 192-208.
- MOSE, I. (2000): Il Parco Nazionale degli „Alti Tauri“: un modello di „sviluppo territoriale regionalizzato“ nelle Alpi? In: PASINATO, A. (Hrsg.): Heimat. Identità regionali nel processo storico. Roma, S. 43-54. (= Saggi. Arti e lettere).
- Nationalparkrat Hohe Tauern (1998): Nationalpark Hohe Tauern. Offizielle Information. Matri in Osttirol.
- Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen (SIR) (1993a): Entwicklungs- und Förderungskonzept für die Nationalpark Hohe Tauern Vorfeldregion im Bundesland Salzburg. Teil I: Bestandsaufnahme und Analyse. Salzburg.
- Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen (SIR) (1993b): Entwicklungs- und Förderungskonzept für die Nationalpark Hohe Tauern Vorfeldregion im Bundesland Salzburg. Teil II: Generel-

les entwicklungspolitisches Ziele-, Maßnahmen- und Förderungskonzept. Salzburg.

SLATOSCH, N. (2000): Die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER II. Förderung einer eigenständigen Entwicklung in ländlichen Regionen dargestellt am Beispiel der Region Großglockner/Mölltal. Diplomarbeit. Wien.

WEIXLBAUMER, N. (1998a): Gebietsschutz in Europa: Konzeption – Perzeption – Akzeptanz. Wien. (= Beiträge zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeographie, Bd. 8).

WEIXLBAUMER, N. (1998b): Schutzgebiete. Ein „Rezept“ für die aktive Sanierung ländlicher Räume? In: Geographie heute 19, H. 164, S. 30-33.

Univ.-Prof. Dr. INGO MOSE
Institut für Umweltwissenschaften
Fachgebiet Regionalwissenschaften
Hochschule Vechta
Postfach 1553
D-49364 Vechta